

Steinbrücks Nebeneinkünfte: Die Stunde der Heuchler

Anmoderation

Anja Reschke:

Politiker müssen in ihren Statements manchmal ordentlich draufhauen, klar – Trommeln gehört zum Geschäft. Vor allem zum Geschäft von Generalsekretären. Aber das, was Alexander Dobrindt, Generalsekretär der CSU seines Zeichens, da gerade zum Thema Nebenverdienste von Politikern von sich gibt – ist dann doch überraschend. Selten konnte man Heuchelei derart gut nachweisen wie in diesem Fall. Was Ben Bolz und Johannes Jolmes auch getan haben. Und, wie wird wohl ein Alexander Dobrindt reagieren, wenn er im Interview überführt wird?

Gestatten – Dobrindt, Alexander Dobrindt von der CSU. Keiner fordert derzeit von Peer Steinbrück so lautstark: Transparenz, Transparenz und nochmal Transparenz.

div. Interview-O-Töne von Alexander Dobrindt, CSU:

„Steinbrück muss jetzt einfach klar sagen, wie hoch ist die Summe, die er von der Finanzindustrie in der letzten Zeit erhalten hat.“

„Dann kann jeder beurteilen, ist Steinbrück ein Produkt der Finanzindustrie?“

„Es wäre jetzt angebracht, dass es da kein Versteckspiel gibt.“

Interessant. Denn bislang hatte die Union immer Versteck gespielt und strengere Transparenz-Regeln für Abgeordnete blockiert.

Schon einmal wurde im Reichstag über schärfere Richtlinien diskutiert. Rot-Grün wollte 2005 unter anderem die Nebenverdienste in drei Einkommensstufen veröffentlichen. Doch Union und FDP waren dagegen.

O-Töne

Volker Kauder, CDU, 18.01.2005:

„Wir sind nach wie vor der Auffassung, das heißt von der Union, dass Einkommen aus beruflicher Tätigkeit nicht veröffentlicht werden sollen.“

Guido Westerwelle, FDP, 17.01.2005:

„Freiberufler, Selbständige, Handwerker, mittelständische Unternehmer können in ein solches Mandat nicht eintreten, wenn sie gezwungen werden, alle Nebeneinkünfte aufzugeben oder zu veröffentlichen.“

Peter Ramsauer, CSU, 30.06.2005:

„Sie spannen unzählige neue Fallstricke für unsere Kolleginnen und Kollegen, wenn dieses Regelwerk in Kraft tritt.“

O-Töne

Panorama: „Sie fordern von Herrn Steinbrück mehr Transparenz, nun waren es ja aber CDU/CSU und FDP, die über Jahre hinweg eine Verschärfung der Transparenz-Regeln blockiert haben. Wie passt das zusammen?“

Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär: „Nein, das trifft auch überhaupt nicht zu, wir haben ja gemeinsam die jetzigen Regeln im Deutschen Bundestag geschaffen.“

Ach ja? Da scheint Herr Dobrindt wohl irgendetwas zu verdrängen. Die jetzigen Regeln beschloss Rot-Grün 2005 im Alleingang – Union und FDP stimmten dagegen.

Ausschnitt aus Parlament, 30.06.2005:

„Die Beschlussempfehlung ist damit mit den Stimmen der Koalition bei Gegenstimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen.“

O-Ton

Panorama: „Sie waren damals dagegen.“

Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär: „Ich finde, dass diese Regeln durchaus funktionieren und eindeutig zeigen, dass der Wähler sich daraus auch ein Bild machen kann, das zu weiteren Nachfragen Anlass gibt. Und es zeigt sich ja im Falle Steinbrück, dass es funktioniert.“

Panorama: „Waren Sie damals dagegen - ja oder nein?“

Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär: „Ich finde diese Regeln gut.“

Panorama: „Also keine Antwort auf meine Frage?“

Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär: „Transparenz-Regeln sind notwendig.“

Richtig. Deswegen wird seit 2009 auch über eine weitere Verschärfung des Stufensystems beraten. Doch bisher ohne Erfolg. Einen entsprechenden Entwurf blockierte Schwarz-Gelb immer wieder - wie interne Sitzungsprotokolle belegen.

"Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU) und Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU) melden Bedenken an dem vorgeschlagenen Stufensystem an." 14.06.2012

und

"Jörg van Essen (FDP) teilt mit, dass das vorgeschlagene Stufensystem in seiner Fraktion auf viel Kritik gestoßen sei [...]" 14.06.2012

O-Ton

Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen,
will seit Jahren Regeln verschärfen:

„Wir verhandeln in der Rechtsstellungskommission jetzt schon wieder geschlagene drei Jahre in dieser Wahlperiode allein über mehr Transparenz, insbesondere in den höheren Stufen. Und die Koalition bewegt sich da keinen Millimeter und will jeden Schritt sich erkaufen mit weniger Transparenz an anderer Stelle.“

O-Ton

Alexander Dobrindt,
CSU-Generalsekretär:

„Man konnte sich bisher auf kein gemeinsames Modell einigen. Das ist richtig.“

Warum wohl? Vielleicht liefern ja ein paar Zahlen Aufschluss: Bei der Union verdienen immerhin 34,5 Prozent der Abgeordneten mindestens 1000 Euro nebenbei. Bei der FDP waren es rund 32 Prozent. Deutlich mehr als bei den anderen Parteien.

O-Töne

Panorama: „Kann es sein, dass CDU/CSU auch deswegen so gegen eine Verschärfung der Transparenz-Regeln sind, weil sie selbst, prozentual gesehen, am meisten Abgeordnete haben, die im Bundestag dazu verdienen?“

Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär: „Nein.“

Na – dann. Vielen Dank für das offene Gespräch, Alexander Dobrindt von der CSU.

Bericht: Ben Bolz, Johannes Jolmes

Kamera: Oliver Lück, Marcel Henke

Schnitt: Michael Schlatow